

Saale-Zeitung.

Bezugspreis
Für die Redaktion verantwortlich:
Dr. Oswald Schulze in Halle.

Anzeigen
Werden die Spaltenreihen deren Raum
mit 20 Pf., solche aus Halle mit
15 Pf. berechnet und in der Expedition.

Nr. 314.

Halle a. d. Saale, Donnerstag den 8. Juli.

1897.

Bestellungen

auf die Saale-Zeitung für das laufende Vierteljahr werden von allen Reichspostanstalten, in Halle von der unterzeichneten Expedition und den bekannten Ausgabestellen, unangefordert angenommen. Die Expedition.

Unsere Strafrechtspflege.

Hat man je gehört, daß ein Rechtsamwalter zum Richter ernannt worden sei? Die Staatsanwälte treten zu Tugendenden in den Richterstand über, und am Berliner Kammergericht gibt es unter den Staatspräsidenten mehr frühere Staatsanwälte als Richter, die von unten heraus emporgelommen sind. Welche Nachteile das Einbringen von Richtern der Anklagebehörde in den Richterstand mit sich bringt, wie das Verhältnis der Richter zu den Rechtsanwälten dadurch verschoben werden ist, wie die Spannung zwischen den Gerichten und der öffentlichen Meinung in der Strafrechtspflege mit durch diesen Umstand gewachsen ist, darüber hat man schon so oft gesagt, daß man das Klagen allmählig einzustellen hat, weil es doch zu nichts fruchtet. In unendlich langen und zahlreichen Sitzungen hat eine Reichstagskommission in dem verunglückten Entwurf der Justiznovelle ihre Verbesserungsvorschläge gemacht. Es war unjosist. Die verbundenen Regierungen konnten sich nicht entschließen, die ersten Reichstagsbeschlüsse anzunehmen, die uns die spärlichen Reformen einer Einbürgerung für unschuldig Verurtheilte und die Vereinigung gegen Strafkammerurtheile bringen sollten, ohne daß zugleich werthvolle Rechtsbürgerrechte preisgegeben waren, wie es durch die Forderungen der Vorlage vielfach hätte geschehen müssen, vor allem durch die Forderung, daß die Strafkammern in Zukunft nur mit drei statt fünf Richtern besetzt werden sollten. Aber wenigstens der Entwurf auch in der Fassung der Reichstagsbeschlüsse Geleg geworden wäre, so hätte man nicht hoffen dürfen, daß damit alle Beschwerden über die Mängel unserer Strafrechtspflege gesehenslos geworden wären. Das Uebel ist viel zu tief, als daß ein paar formal-prozessualische Verbesserungen es auslöschen könnten. Sind doch manche Rechtslehrer und Praktiker der Meinung, daß bei zweckmäßiger Ausharung der bestehenden Bestimmungen über Haupt keine Reform nötig sein würde. Besonders Professor Däubing in Leipzig vertritt diese Auffassung, und die Justiznovelle mit ihren vielen befremdlichen Anmuthungen erschien diesem Kritiker zumeist darum verwerflich, weil sie uns von den vorhandenen Nachtheilen keinen einzigen gelöst, dafür aber eine Reihe weiterer schwerer Nachteile hinzugefügt hätte. Es ist jedenfalls ein Uebel, daß wir um die ungeliebte Novelle herumkommen sind. Die Frage aber bleibt bestehen, wie der leider gescheiterte Versuch zwischen der Strafrechtspflege und dem öffentlichen Bewußtsein wiederhergestellt werden kann. Nun sind wir nicht so optimistisch, auch nur entfernt zu glauben, daß irgend ein, reinlich auf dem Präsidenten der Theorie darangelegtes Heilmittel etwas nützen werde, so lange nicht der Geist gründlich geändert ist, der den ganzen Körper der Justiz von der Verwaltung bis zur praktischen Ausübung leitet. Die Entwicklungsformen, die die Rechtspflege in den letzten Jahrzehnten angenommen hat, gehören zu den tiefgreifendsten Erscheinungen, an denen sich der Zwiespalt der deutschen Zustände, das scharfe Gegenüberstehen des sich gefühllos fühlenden bürgerlichen Geistes und der bürokratischen Grundordnung der staatlichen Funktionen, wie an einem Thermometer ablesen läßt. War es doch nur aus solchen Widersprüchen heraus möglich, daß der vielbesprochene Justizparagraf vorgelegt werden konnte, mit dem die preussische Justizverwaltung das Recht erlangen wollte, diejenigen Anwärter aus dem Richterlande, die ihr aus gesellschaftlichen oder politischen Gründen nicht zulagten, von der Anstellung auszuscheiden. Bedenklicher noch mußte es erscheinen, daß der oberste preussische Richter, der Vizepräsident des Kammergerichts, Geheimrath Dretnmann, im Herrenhause eine Rede auf die Mängel des Justizparagrafen gehalten konnte. Die Gefahr ist ja abgewehrt, aber der Beobachter darf sich nicht damit begnügen, diese Dinge nur unter dem Gesichtspunkt der Beweiskraft oder Nichtbeweiskraft eines gesetzgeberischen Verbandes zu betrachten. Das Wichtigste und Bestimmteste dabei, daß so wie Herr Dretnmann zweifellos viele Mitglieder des höheren Richterstandes denken, und daß namentlich die Justizverwaltung nicht aufhört, so zu denken. Die Männer also, denen die sorgsame Wahrung des Geistes der Strafrechtspflege vor allem anvertraut ist, betrachten ihre Aufgabe dann erst als gelöst, wenn sie den Richterstand noch weiter in die Existenzform hineingebracht haben werden, deren Nachteile sie durchaus nicht erkennen wollen. Dierher gehört auch der sicher fortgesetzt gehende Wunsch, die Freiheit der Advokatur wieder zu beschränken, entweder durch Einführung eines numerus clausus für die Rechtsanwältel oder durch weitere Verhärtung der Rechte und Pflichten der Berufsbildner. Man hört zwar gegenwärtig nichts von diesen Absichten, aber daß sie bestehen, hat die vor einigen Jahren erfolgte Umfrage bei den Oberlandesgerichtspräsidenten und den Anwaltskammern gezeigt.

Am jüngsten Post der „Preussischen Jahrbücher“ wird in gründlicher Vorlegung der Vorzüge gemacht (unter dem Titel „Ein Peinmittel für unser Strafrechtssystem“), den Richterstand zu erneuern und zu heilen durch Heranziehung von Rechtsanwältel, wie es in anderen Ländern, besonders in Frankreich, die bewährte Regel ist. Was der Verfasser an Einzelheiten entwickelt, um diesen Gedanken zu empfehlen, das kann um so mehr auf sich beruhen bleiben, als leider jede

Ausicht fehlt, daß in absehbarer Zeit auch nur der bloße Gedanke an eine solche zwar vernünftige, aber insofern Bürokratismus welfen liegende Aenderung Gestalt gewinnen könnte. Wir erwägen den Vorschlag auch nur, um uns und der Öffentlichkeit an ihn wieder einmal einzuprägen, wie unendlich vieles uns fehlt, und wie unendlich schwer die Heilung von Schäden ergeht, die bei einem Wechsel der Anschauungen, der gar nicht einmal radikal zu sein brauchte, äußerst leicht sein könnte. Die Dinge sind bei uns dahin geblieben, daß anzuerkennen ist, sogar dem großen Publikum wird der Gedanke, daß Rechtsanwältel Richter werden könnten, zunächst fremd erscheinen. Und doch ist er, wie nicht eubringlich genug betont werden kann, mindestens so selbstverständlich, wie daß Staatsanwälte Richter werden. Man lese sich die Anknüpfung der Rechtsanwältel vom Richterstande in der Theorie vor, wenn diese die Ausübung auch gegenüber der Anklagebehörde gelte würde; der Zustand wäre alsdann wenigstens logisch klar, obgleich nicht billigerweise. Aber wenn die Staatsanwälte ein geradezu bevorzugtes Richtermaterial geworden sind, dann empfindet man es als eine Uebel, als einen Bruch mit der Logik, daß nicht zugleich ein Gegenstück gegen die Einseitigkeit, die damit eintritt, wird, durch die Vernichtung von Anwältel aus Richterstellen geschaffen werden soll. Die gutgemeinten Vorschläge der „Preussischen Jahrbücher“ werden an den bestehenden Verhältnissen nichts ändern. Trotzdem hat es seinen Nutzen, daß erneut ins Gedächtnis gerufen wird, wie abtönderungsbedürftig manches in unserer Rechtspflege ist, und wie gangbar der Weg zur Abhilfe wäre, wenn man ihn nur betreten wollte. Daß das bestimmt nicht geschehen wird, ist für die öffentliche Meinung kein Hindernis, es gleichwohl immer wieder zu fordern.

Deutsches Reich.

Die künftige Thronfolge.

Bekanntlich schwebt seit dem am 20. März 1895 erfolgten Tode des Fürsten Woldegar von Lippe-Deimold die Frage, der rechtmäßige Erbsitzer des Fürstenthums ist, da der Herr der Erbfolge, der 1831 geborene Fürst Alexander, krankheitsbedingt die Regierung nicht zu führen vermag. Ansprüche auf den Thron wurden von dem Fürstenthum Lippe-Schaumburg und dem Oberhaupt der ererblich gräflichen Linie, dem Grafen Ernst zur Lippe-Biesterfeld, erhoben. Durch den testamentarischen Erlass des Fürsten Woldegar vom 20. Oktober 1890 war als Regent Prinz Adolf von Lippe-Schaumburg bestimmt, welcher bekanntlich mit der Prinzessin Victoria von Preußen, der Schwester Kaiser Wilhelm's, verheiratet ist. Da Graf Ernst zur Lippe-Biesterfeld diese testamentarische Bestimmung des Fürsten Woldegar zu seinen Gunsten am 12. April 1895 anspricht, so beschloß am 24. April desselben Jahres der Lippe-Schaumburgische Landtag unter ausdrücklicher Genehmigung des Prinzen Adolf, der inzwischen die Regentschaft angetreten hatte, die Regelung der Erbfolgefrage dem Bundesrat anheimzugeben. Dieser veranlaßte auf den Antrag Preussens die Einsetzung eines Schiedsgerichtes mit der Aufgabe, die Angelegenheit endgültig zu entscheiden, nachdem die beiden um den Thron streitenden Parteien sich bereit erklärt hatten, dem Schiedsgericht sich zu fügen. Die Einsetzung des Schiedsgerichtes, welches, wie berichtet, unter dem Vorsitz des Königs Albert von Sachsen in Dresden tagt, hat nunmehr, wie bereits in heutiger Morgenblatte kurz gemeldet, dem Grafen Ernst zur Lippe-Biesterfeld als Regenten des Fürstenthums Lippe-Deimold anerkannt. Derselben wird Prinz Adolf von Lippe-Schaumburg fortan die Regel der Regierung überlassen. Der neue Regent Graf Ernst v. Lippe ist zu Oberstall bei Bonn am 9. Juni 1842 geboren und mit der Gräfin Karoline von Wartenleben verheiratet, welche im 45. Lebensjahre stirbt. Ihrer Ehe sind sechs Kinder entsprossen, von denen der am 30. Mai 1871 geborene Graf Leopold, Königl. Preuss. Lieutenant à la suite der Armee, der jetzige Erbprinz von Lippe-Deimold ist.

Zur inneren Lage.

In Centrumskreisen sieht man die heutige innere Lage, wie sie durch die jüngsten politischen Vorgänge und die Personalveränderungen in den leitenden Kreisen geschaffen worden ist, sehr skeptisch an. So schreibt neuerdings die „Köln. Volksztg.“: Wir wissen nur zu gut, daß diejenige, die heute am lauteften gegen die Dunter ins Horn stoßen und die Centrumsparteien zum Wiedereinsetzen bei der Regierung sich mit den Jüngsten gegen das Centrum verbinden. Sollten aber die neuen und kommenden Männer, was wir für wahrscheinlich halten, etwas im Schilde führen, so werden wir es bei den Wahlen mit der Linken und keineswegs mit den Reichsvereinigungen nicht ausbleiben, daß das Hauptziel der neuen Politik die Verfestigung des Centrums bilden. Namentlich Herr v. Miquel ist nicht danach gemacht, daß er unser Vertrauen beanspruchen dürfte.“ Die „Straßburger Post“ wendet sich gegen die Nachricht, daß die Initiative zur vielbesprochenen Ernennung des Generals v. Pöbbeckel zum Staatssekretär des Reichspostamts vom Reichskanzler ausgegangen ist. Fürst Hohenlohe hätte vielmehr den Unterrichtsminister v. Fischer vorge schlagen. Als der Kaiser darauf nicht einging, sei ein anderer höherer Postbeamter in Vorschlag gebracht worden. Die Gegenzeichnung der Ernennung des Herrn v. Pöbbeckel habe der Fürst nicht abgelehnt, weil er seinen eigenen Rücktritt nicht von einer Personalfrage abhängig machen wollte. D' Fischer sei vom Kaiser nicht acceptirt worden, weil der Abwärt der Ansicht war, Fischer sei bei der Aemterwahl nicht beliebt. Für die Wahl Pöbbeckel's sei der Gedanke des Kaisers maßgebend gewesen, an die Spitze der Postverwaltung gehöre ein Mann von her-

vorragendem Organisations- und Reformationsstalent, und diesen Mann glaubte der Kaiser in den Kreisen der höchsten nicht finden zu können, wohl aber in der Person des Herrn v. Pöbbeckel.

Die „Köln. Korresp.“ bezeichnet die Kritik, welche an der Ernennung des Herrn v. Pöbbeckel zum Staatssekretär des Reichspostamts geübt wurde, als einfach widerwärtig; sie greift insofern an Majestätsbeleidigung, als die Blätter, die sich dergleichen anmaßen, die Unheilthaten des Kaisers anzueifeln. Außerdem aber bildeten sie einen neuen Vorstoß gegen ein verfassungsmäßiges Recht der Krone. Wir haben nach Gründen nicht zu suchen, die hinsichtlich der Ministerberufungen für Se. Majestät maßgebend gewesen sind. Nicht zureichend bemerkt dazu die „Voss. Ztg.“, daß diese Ausfindung eine Vermittlung des Interesses des Staatssekretärs v. Stephan und eine Verurteilung des deutschen Verfassungsrechts enthalten, und führt dann fort:

Wer hätte nach den amtlichen Ausgebungen, insbesondere denen des Kaisers, bei dem Tode v. Stephan's ermitteln können, daß wenige Wochen später die konserervative Partei behaupten werde, unter ihm sei der Postministerismus eingeführt? Die Darstellung, als greuze die an die Ernennung des Herrn v. Pöbbeckel geübte Kritik an Majestätsbeleidigung, ist nichts als widerwärtiger Hyänenstanz, der gegen den verfassungsmäßigen Grund der Verfassung, daß der Kaiser der Krone unverantwortlich und unerschließlich ist, und für die Regierungsbildungen, zu denen die Ernennung des Staatssekretärs gehört, niemand als der gegenwärtige Reichskanzler oder sein Stellvertreter verantwortlich ist.“

Der „Deutsche Tagezt.“ zufolge wäre es nicht unwahrscheinlich, daß der Gesandte in Kopenhagen, Herr v. Sieden-Wächter, den Vorschlagsterposten in Rom erhält. Derselbe gefahren wurde aber aus Rom getrieben, daß der Vorkämpfer in Madrid, Herr v. Rabowitz, als Nachfolger des Herrn v. Witow als vörmischer Vorkämpfer in Aussicht genommen sei. Die Annahme, daß größere Verbesserungen in diplomatischen Dienst stattfinden, erscheint im übrigen nicht unwahrscheinlich.

Gelbstritte“ hat schon Geheiß mit einigen künftigen Worten gezeichnet, welche auf diejenige zutreffen, die jetzt die abgehenden Minister v. Marschall und v. Wittich mit Gelbstritten realisiert zu können glauben. Bezeichnen nach dieser Richtung hin und bezeichnend auch für den Zustand selbst begünstigter Personen ist eine Erzählung, die von der „Dach. News“ wiedergegeben wird. Es heißt darin, Grimstier v. Keller habe von einer hochgestellten Persönlichkeit, deren Name nicht genannt wird, kürzlich eine Besichtigung des Inhalts empfangen: „Diese beiden „Burschen“ wenigstens sind wir los.“ — Sollte das die moderne Polypode unter dem neuesten Kurse sein?

Die „Nord. Allg. Ztg.“ hat besandt, daß der Minister v. Brauns nach dem jetzigen Kaiser feineswegs sonderlich großer gewesen ist wie früher und zum Beweis dafür zusammengefaßt, daß von 1868—1882, also in 24 Jahren, 46 Minister amtiert haben. Demgegenüber wird jetzt festgestellt, daß wir in den letzten Jahren 31 Minister gehabt haben, also ein relativ weit größerer Verbrauch stattgefunden hat. Es ist dabei zu erwähnen, daß von den 31 Ministern 19 durch die Geburt dem Adel angehörten und 2 bürgerlich, und (Schelling) bereits getadelt waren, als sie Minister wurden. Von 10 der Herren waren bürgerlich, als sie in das Staatsministerium berufen wurden, und von diesen fünf inzwischen 5, Friedberg, Lucius, Rabach, Miquel und Scholz, getadelt worden, während nur 5, Boffe, Bredfeld, Herrfurth, Schensted und Thiel, jetzt noch bürgerlich sind.

Sonn und Jekt.

Wie die konserervative Partei, die sich jetzt so eifrig für ein neues Sozialistengesetz ins Zeug legt, im Jahre 1892 auf dem Reichstageskongress gegen Anknüpfung der Seite gezogen ist, wird von dem „Frei. Bl.“ in dieser Hinsicht ein Zeugnis gebracht. Auf diesen Parteitag wurde der Antrag gestellt, aus dem Entwurf des Anknüpfungsgesetzes die Worte: „daß die Sozialdemokratie mit den Machtmitteln des Staates zu bekämpfen sei“ zu streichen. Hierzu erklärte der konserervative bayrische Landtagsabgeordnete Dech: „Ich will niemandem einen Vorwurf machen, der banal für das Sozialistengesetz genannt hat. Aber jetzt soll man auch die Töden bei den Töden lassen und nicht von neuen Sozialistengesetzen reden.“ Und Stöcker, damals noch Mitglied der konserватiven Reichs- und Landtagsfraktion, sagte: „Der seit langem wieder zum ersten male verarmte konserervative Parteitag muß bestimmt erklären, daß er keine Anknüpfungsgesetze will. Nicht aus Opportunismus, sondern aus Prinzip bin ich dafür, daß wir diese Worte streichen. Arbeiten wir immer an der Seele des Volkes! Dann brauchen wir kein Sozialistengesetz.“ „Verbaste Zustimmung“ und „fürwärtige Zustimmung“ bezeichnet der Bericht hinter den beiden Hauptfragen. Sogar der vorjährige Herr v. Marschall, feinerzeit Führer der Konserwativen im Landtag, erklärte, er sei bestimmt für die Streichung des Wortes und was Sie wollen (Verbaste Besatz). Wir haben auch niemals das Sozialistengesetz wieder gewollt.“ Niemand aus der Versammlung widersprach der Streichung, niemand protestierte gegen die Deutung, die der Streichung beigelegt wurde. Einstimmig gelangte sie zur Annahme.

August Bebel und der Reichstagskongress.

August Bebel schreibt in der „Neuen Zeit“ über den Reichstagskongress. Er macht darin einige sehr bemerkenswerte Zugeständnisse, die neuerdings beweisen, daß die Sozialdemokraten, auch die Führer — von einigen geistig unruhigen Exemplaren abgesehen —, nur dann vernünftigen Erwägungen unangänglich sind, wenn sie durch eine brutale Politik zu Hoff gegen alles Besiehende und zur Verachtung aller von bürger-



licher Seite geäußerten Ansichten förmlich gezwungen werden. Belval erklärt zunächst, daß selbst bei den Arbeitern, die Gegner des Achtstundentages immer noch zahlreicher sind, als man nach Berührung mit ihnen, erwarten sollte. Nach dieser Aeußerung, die gewiß beachtenswert ist, da sie von sozialdemokratischer Seite kommt, fährt er fort:

„Was die Agitation für den Achtstundentag betrifft, so soll nicht verschwiegen werden, daß selbst unter den Vorführern der sozialdemokratischen Partei in Deutschland nicht wenige sind, die der Möglichkeit, ihren Willen gegenübertreten und die ausgeübte Parole, für denselben, namentlich bei den Demonstrationen, einzulernen, nur deshalb, weil die Partei- und Kongreßbeschlüsse dieses fordern. Unter wahren Seelen und voller Überzeugung waren sie bisher zum Teil nicht bei der Sache, was auch ein Blick auf die Parteipresse bestätigt, die bis jetzt dieser Frage überwiegend nur ein untergeordnetes und hauptsächlich theoretisches Interesse entgegenbrachte. Die Unklarheit und Verwirrung einer von der Partei und der genannten losenbestimmten Arbeiterschaft angefertigten Forderung nutzte hauptsächlich darin, daß man darüber eruiert Zweifel hegt, es sei möglich sei, Arbeiterbränden, die bisher täglich elf, zwölf und mehr Stunden Arbeit zu leisten hatten, auf einmal oder doch nach sehr kurz bemessener Uebergangszeit, die Arbeit bis auf acht Stunden zu beschränken. Weiter war man zweifelhaft, ob bei einer solchen und umfangreichen Reduzierung der Arbeitszeit ein treffen würde, was bisher bei weniger umfangreicher Reduzierung der Arbeitszeit stets eingetroffen ist: eine Verminderung der Produktion, sondern nach einer kurzen Uebergangsperiode sogar eine Steigerung der Produktion und damit auch eine möglich eine Erhöhung zum mindesten keine Verschlechterung der Wohlfahrt. Entschieden möchte insbesondere die Frage hervorgehoben, ob eine sehr erhebliche und plötzliche Herabsetzung der Arbeitszeit auch in den handwerklichen Betrieben den Nutzen nicht einem materiellen Zustimmungs und Beschleunigung hervorbringen würden, der eine entsprechende Besetzung der Stellen nicht eintritt, was durch verbesserte Organisation des Arbeitsprozesses und durch intensivere Arbeitsleistung das Produkt in entsprechender Weise wachse, mindestens auf der früheren Stufe bleibe.

Verwaltung und Rechtspflege.

* Von dem Verhältnis der Post zu den Eisenbahnen ist in den letzten Jahren wiederholt die Rede gewesen. Gegenüber dem verkehrsrechtlichen politischen Programm des Inneren, das offenbar die konse, Dampfer und Eisenbahnen am liebsten als unvertrenklich mit stromer Seite und hohen Getreidepreisen abgeben möchte, wiederholten wir nur kurz, daß der Staat die Privatbahnen deshalb billiger erworben hat, weil auf den Bahnen vertragsgemäß die Post der Verpflichtung ruht, die Post zu befördern. Mit dem besten Resultat der Post ist es also nicht. Die „Nat.-Ztg.“ bemerkt:

„Mit dem Liberalismus hat diese Frage allerdings vor nicht so langer Zeit einen Wenden erlitten, in dem die politische Gesichtspunkte in Betracht, die wir nun noch warnen hinweisen. Die Forderung an die Post, 24 Millionen Mark jährlich an die preussische Staatsbahnverwaltung zu zahlen, kommt zunächst auf eine Erhöhung der Postaufträge um die gleiche Summe heraus. Der größte Teil davon muß wieder zurück, so daß der Gewinn für die Post nur auf einige Millionen belaufen würde; mit dem Preis der Post ein Kontingent zwischen die Bundesregierungen geteilt; die kleineren, obgleich finanziell bedingten Staaten werden von neuem belastet, und im Inneren wird die Bevölkerung in Aussicht, diese Erhöhung der Postaufträge durch Verbesserungen und Ersparungen des Verkehrs auszugleichen.“

* Während, wie wir gemeldet, einzelne Ressorts in Bremen noch nicht zu schätzenden Mengen von Waren und Gegenständen der Gesellschaften in Betracht, die wir nun noch warnen hinweisen. Die Forderung an die Post, 24 Millionen Mark jährlich an die preussische Staatsbahnverwaltung zu zahlen, kommt zunächst auf eine Erhöhung der Postaufträge um die gleiche Summe heraus. Der größte Teil davon muß wieder zurück, so daß der Gewinn für die Post nur auf einige Millionen belaufen würde; mit dem Preis der Post ein Kontingent zwischen die Bundesregierungen geteilt; die kleineren, obgleich finanziell bedingten Staaten werden von neuem belastet, und im Inneren wird die Bevölkerung in Aussicht, diese Erhöhung der Postaufträge durch Verbesserungen und Ersparungen des Verkehrs auszugleichen.“

* Was Emel sind in letzter Zeit ausländische Juden in größerer Zahl ausgewiesen worden. Wie die „Memeler Abz.“ schreibt, nehmen die Ausweisungen immer häufigere Formen an. Zu letzter Zeit sind wieder einige Personen in Belgien ausgewiesen worden. Der Gesandte der belgischen Regierung ist eine bedeutende, darunter auch französische und schwedische Personen, Ovele, von Alter und Schwäche geartet, die ohne Gehör für ihre Heimath die Behauptung einer Auswanderung nach zu ertragen imlande liege dürfen, sowie Belgien mit jüdischen Ausreisenden. Der Kaiserliche Gesandte, bemerkt, daß sie jetzt in Belgien 23 Familien mit insgesamt 106 Personen Ausweisungsbefehl erhalten haben.

Im nächsten Schleswig leben bekanntlich die entzogenen Dänen ihre Söhne und Töchter auf die sog. Bauerhöfen im südlichen Danemark, sobald die Schulzeit überstanden ist. Abgesehen von dem demographischen Standpunkt der Bevölkerung verdienen diese durchaus kein Lob. Die Mädchen sind einem solchen Treiben nachlos gegenüber, obgleich noch weitaus der Welt der Fortbildung, Gewerbe- und industriewirtschaftlichen Schulen für die jungen Leute viel mehr Früchte bringen würde. Die Dänen sind aber, so weit gegangen, daß sie nicht nur eigene Kinder, sondern auch solche, über die sie vornehmlich ein Verbrechen, ins Land jenseit der Kränzung, selbst gegen den Willen der jungen Leute. Die einen Treiben wird nun ein Ende gemacht. Wie ein Antreiber der genannten Behörden kürzlich mittheilt, wird gegen einen Bannmann, der jetzt wieder nach Danemark, seitens des Bundesstaatsrechtlich, die Dänen werden. Von Wismar ist zur Zeit gemacht worden, jedoch derartigen Widerspruch der vormundtschaftlichen Gewalt abzugeben.

* Der wegen Meinungsverschiedenheit verhaftete namember Sozialistenführer Sühling ist aus der Haft wieder entlassen worden.

Kollektivistisches.

* Zur Bekämpfung der Konsum- und Robatschpaare ist in Berlin ein sozialistischer Verein, die bestehenden bezahlten Vereine zuzusetzen, in den nächsten Monat, ein neuer Konsumverein, in welchem jeder Gesellschaftsmitglied ein Mitglied aufgenommen wird, unter dem Namen „Freier Arbeiter Nord-Bez.“ gegründet worden. Deren 40 Mitglieder sind: Schneider, Metzger, Tischler, Schuhmacher, Schmied und Holzarbeiter, haben sich als Vereinsten für die 300 Mitglieder dieses Vereins gemeldet. Die Gründer des neuen Konsumvereins wollen das Vereinsmitglied auf die Spitze treiben, um dadurch die Geschäftsleute zu überzeugen, daß sie theoretisch gehandelt haben, als sie sich seiner Zeit den Ausstellungen gegenüber abfinden wollten.

* Nachdem schon erst die Errichtung der Bankensetz der Kommendanten der Schiff- zum Schube der Kohle-

schifferei in der Nordsee in Offenbe berichtet worden, wird von verschiedenen Kreisen für plötzlicher Entlassung gebeten: sie sei nur noch einmal Revision der Angelegenheit zu bewilligen. In dem Besonderen der Reichsminister des französischen Schiffes „Bibi“ die Bekanntschaft verlassen habe und nach Antwerpen abgedampft sei. Man habe sich nicht einmal über den Ort der nächsten Zusammenkunft einigen können, trotzdem dieses nach der Konvention jedesmal geschehen soll. Nähere Aufklärung hierüber bleibt abzuwarten.

Schule und Kirche.

* Auf Veranlassung des Kultusministers sind Entwürfe zu Schulhausbauten aufgestellt worden, deren ausgeübte Verwendung im Interesse einer möglichst vorwärtigen Förderung des Schulhausbaus als sehr erwünscht bezeichnet worden ist.

* Eine bemerkenswerthe Veranlassung über das Richteramtsgesetz der Lehrer hat die künftige Regierung zu Stande gebracht und die Schulverwaltung erlassen. Es heißt darin: „Wir müssen mit allem Ernst darauf hinwirken, daß es unzulässig und pädagogisch nicht zu verteidigen ist, gegen hohe Lohnverhältnisse mit Schlägen einzuschreiten, in der Ausübung des Amtes sogar Delikte zu gehen und überhaupt — fast nach der Stunde zu kneten. Eine zu schlagen, während sie sich noch innerhalb der Schulport befindet, hierbei nicht selten den Kopf stößt des Kindes zu schlagen und kleine Kinder, während keine Mädchen, zu züchtigen. Mädchen sollen überhaupt nicht oder doch nur im äußersten Notfall geschlagen werden. Wir werden deshalb gegen Ausforderungen der eben erwähnten Art mit allem Nachdruck und unabweislicher Strenge einschreiten. Ein Wohlgeborenen eruchen wir, die Ihnen erteilten Lehren in der nächsten Konferenz auf diese Bestimmungen ernstlich hinzuwirken, auf die genaue Beachtung derselben hinzuwirken und Maßnahmen zur Ansehung zu bringen, falls die Maßnahmen ohne Erfolg bleiben.“

* In der breslauer Kreisynode erklärte gestern der als Staatskonsultant anwesende Konsultant Dr. Solzmann, daß nach einem ihm zugegangenen Bericht des Oberstweilens der Wahl des Pastors primarius Maß zum breslauer Kircheninspektor die königliche Bestätigung verlangt worden ist, weil das Institutorium kein Vorkandidat hatte. In einer ersten Erwiderung der eben erwähnten breslauer Kircheninspektor die Aufhebung des Institutatoriums in Aussicht.

* Der Kultusminister Dr. Boffe hat angeordnet, daß die Zeugnisse, die den zur Mittelschullehrer- und Vektorprüfung gehenden Lehrern von ihren Vorlehrern ausgestellt werden, den Vorlehrern auch nach der Prüfung nicht angeschlossen werden können, sondern, nach der „N.-Z.“, bei den Prüfungsstellen verbleiben sollen, so daß die Lehrer gar nicht mehr erfahren, wo sie ihren Zeugnissen steht.

* Im Großherzogthum Sachsen-Weimar ist es vorgelommen, daß von den Hinterbliebenen eines Dissidenten an den evangelischen Geistlichen die Bitte gerichtet wurde, er möge die Rechte ihres Angehörigen geleiten und am Grabe sprechen. Er hat sich weigert, indem, nach der „N.-Z.“, bei den Erbengeldstellen verbleiben sollen, so daß die Lehrer gar nicht mehr erfahren, wo sie ihren Zeugnissen steht.

* Im Großherzogthum Sachsen-Weimar ist es vorgelommen, daß von den Hinterbliebenen eines Dissidenten an den evangelischen Geistlichen die Bitte gerichtet wurde, er möge die Rechte ihres Angehörigen geleiten und am Grabe sprechen. Er hat sich weigert, indem, nach der „N.-Z.“, bei den Erbengeldstellen verbleiben sollen, so daß die Lehrer gar nicht mehr erfahren, wo sie ihren Zeugnissen steht.

* Im Großherzogthum Sachsen-Weimar ist es vorgelommen, daß von den Hinterbliebenen eines Dissidenten an den evangelischen Geistlichen die Bitte gerichtet wurde, er möge die Rechte ihres Angehörigen geleiten und am Grabe sprechen. Er hat sich weigert, indem, nach der „N.-Z.“, bei den Erbengeldstellen verbleiben sollen, so daß die Lehrer gar nicht mehr erfahren, wo sie ihren Zeugnissen steht.

Arbeiterbewegung.

* Die Arbeiterbewegung unter den Maurern in Berlin und seinen Nachbarorten ist noch nicht zu Ende. In Charlottenburg sind die Maurer nach kaum beendeten vierstündigen Lohnkämpfen bereits wieder in den Streik getreten, nachdem die Weisung der Arbeiter die Bewilligung von 60 Pfennig Stundenlohn wieder rückgängig gemacht hat. In Berlin haben in den letzten Tagen verschiedene Baumtischler an ihre Arbeitgeber die Anforderung gerichtet, auf die während des Streiks angebotene Vorküpfung zu verzichten und zu den alten Bedingungen zu 5 Pfennig Stundenlohn zurückzukommen. Angesichts des immer häufigeren werdenden Arbeitsmangels in Angelegenheit ist ein Theil der Maurer auf diese Forderungen der Baumtischler eingegangen, während andererseits an den Ervingen der Bauhandwerker noch festgehalten wird. Beteiligt ist es zu Arbeitsvereinigungen gekommen. Die Gewerkschaft der Berliner Maurerzeitung wird für den Monat August mit Bestimmtheit erwartet, da man in Arbeiterkreisen auf eine baldige Vermehrung der Arbeitsgelegenheit rechnet. Die Infolge des Mauererstreiks arbeitslos gewordenen Bauhilfsarbeiter sind ihrer Organisation als zum Haupt der Gewerkschaften-Unterscheidung befreit anerkannt worden.

See- und Marine.

* Mit der Ausgabe der Zeitschrift für die am 28. September Konon-Prinze gestellte Erinnerung „Denkmünze an Kaiser Wilhelm-Feier“ ist begonnen worden. Sie sind in Schwarzdruck beigelegt und zeigen das Medaillonbild Kaiser Wilhelms I. mit Krone und Juchhebeln, ferner das Juchhebelbild: „Mit Gott für's Vaterland.“ Die „Denkmünze“ der Königin der Prämierung des jetzigen Kaisers, sowie die Jahreszahl von der drei großen Kriege unter Wilhelm I. Der Entwurf stammt von E. Doepler dem Jüngeren.

* Der Kreuzer „Geyer“, der auf der Meier Staatswerft in der Ausführung begriffen ist, geht nach der Sidelation, der Kreuzer „Arcton“ von Hülstern nach Sidamerica.

Ausland.

* Nancy als Festung. Die wiederholt angeregte Umwandlung Nancys in eine große Festung bildet in Frankreich noch immer den Gegenstand eifriger Erörterung. Wie man im Kriegsministerium sich nicht für einen großartigen Festungsbau zu begeistern scheint, so wird er jetzt auch in der französischen Presse bekämpft. Der offizielle „Temps“ weist namentlich auf die großen Kosten hin, die die Durchführung der Festigung erfordere und ca. 200 Millionen betragen würden. Gleichfalls Gegner des Projekts ist das hervorragende Fachblatt „Progress Militaire“, welches den Einwand erhebt, in dem erwähnten Festungsbau würde die rasche Bewegung großer Massen der Truppen möglich sein, und die Festungen würden nur dazu dienen, diese Bewegungen zu verzögern oder zu splittern. Darauf antwortet man der militärische Mitarbeiter des „Journal des Débats“, Charles

Mals. Um zu beweisen, daß die 200 Millionen des „Temps“ zu hoch gegriffen seien, weist er auf die belgischen Festungen von Verviers und Namur hin, welche bei allernähesten Fortsetzungen des Befestigungsbedürfnisses kaum und zusammen nur 71 Millionen kosten. Daraus geht hervor, daß man in Nancy mit 40 Millionen reichlich auskommen werde. Dem „Progress Militaire“ gegenüber macht Mals geltend, daß Frankreich in einem Kriege mit Deutschland wegen seiner streng parlamentarischen Verfassung kaum auf die Offensive, sondern höchstens auf eine Gegenoffensive rechnen dürfe und daher ein großes befestigtes Lager nöthig habe, von welchem ein Vorstoß gegen die Reichslande zwischen den Festungen von Straßburg und Metz hindurch möglich wäre. Wäre Nancy nicht befestigt, so wäre auch der niederliegende moralische Eindruck zu befürchten, den die mihelose Besetzung einer so bedeutenden Stadt durch den eindringenden Feind machen würde. Als alle diese Gründe tritt Mals für die Befestigung Nancys ein.

Wasserkraft Melibon.

Die nunmehr erfolgte Berufung des russischen Vertreters in Konstantinopel, Melibon, stellt zweifellos nicht etwa, wie dies in der russischen Presse zum Ausdruck gebracht wird, eine Bestätigung der Peterburger leitenden Kreise über die Tätigkeit Melibons auf seinen bisherigen Posten zum sicheren Ausdruck bringen, wobei zugleich der russische Posten von den Vertretern der russischen Politik gewissermaßen als Strafkolonie für mangelhaft besetzte Diplomaten betrachtet würde. Im Gegentheil wird man nicht fehl gehen mit der Annahme, daß den erprobten Diplomaten nach Abschluß der Friedensverhandlungen in Konstantinopel, denen er, wie schon in unserer letzten Morgen-Angabe mitgeteilt, bis zum Schluß beizuwohnen soll, eine wichtige Aufgabe in Rom erwartet wird. Melibon hat während seines langjährigen Aufenthalts in Konstantinopel die besten Kenntnisse der Befestigungsangelegenheiten erbracht, und man hat bei wiederholten Anlässen erfahren, daß die leitenden Personen in Russland seine Begabung besonders hochschätzten. Bei der Berufung Melibons nach Rom verfolgt man in Petersburg sicherlich den Zweck, seine Erfahrung auf einem Posten zu verwenden, auf dem eine heikle Aufgabe zu bewältigen ist. Die Eigenart dieser Mission ist nicht ohne zu erraten, wenn man erwägt, daß die russischen Machtgeber nach mehr als einer Richtung ein Interesse daran haben, das hergliche Einvernehmen zwischen Rom und London durch eine russisch-italienische Annäherung zu paralysieren, und daß eine solche Annäherung auch die von vielen russischen und französischen Staatsmännern gewünschte Klärung der Beziehungen zwischen Italien und Frankreich fördern dürfte. Angesichts, welche für eine bezügliche Deutung sprechen, waren in letzter Zeit häufig zu beobachten. So war gerade Melibon im Verlaufe der Verhandlungen im Orient stets bemüht, eine Uebereinstimmung seiner Instruktionen und Maßnahmen mit jenen des italienischen Vertreters in Konstantinopel herzustellen.

Belgien.

In Brüssel ist gestern der internationale Kongress für obligatorische Sonntagsernte eröffnet worden. Zur Debatte gelangte die vom belgischen Minister des Innern, de Vervoren, über die Festsetzung des Sonntagserntegesetzes in Vervoren. Hier und die Herren Gambini-Gent, von Norbings-Paris, de Wessing wurden zu Vizepräsidenten gewählt. Der Kongress währte 4 Tage dauern.

Großbritannien.

Wie der londoner Berichterstatter des „Manchester Guardian“ meldet, wird Kennell Knobb, der britische Sondergesandte nach Westfalen, wahrscheinlich dauernd als Vertreter der Königin in das Land zurückkehren. Mittlerweile wird die Frage der diplomatischen Vertretung in Westfalen in Westfalen durch eine kommissarische Sache eingeleitet. Die Dinge noch in Laufe dieses Monats zum Abschluß gelangen. Obwohl Frankreich wie Italien haben sich schon bereit erklärt, Gesandte an den westfälischen Hof zu senden.

Die Premierminister der Kolonien werden in London propäandistisch geleitet. Dafür müssen sie aber auch täglich London halten und neuerdings Repetitionen reichlich leben. Am Montag kamen die Gesandten des Königs, Schreiber-Gilde. Jeder Vertreter sollte seine Kolonie, Sedon von Australien hob hervor, daß dieses zuerst das Frauenmilitär eingeleitet habe, während Braden von Tasmanien seiner Kolonie zum Ruhme nachholte, daß diese zuerst für obligatorischen Unterricht eingeleitet ist. Selbst der Premierminister von Newfoundland konnte sagen, daß dieses in den letzten Jahren propäandistische Erfolge in der Entwicklung der Kolonie erlangen habe.

Russland.

Der Offizier, welcher die in der Peter Panth-Festung gefangen gehalten gewesene Studenten in Petersburg verurtheilt, ist nunmehr gefesselt und wird vor ein Kriegsgericht gestellt werden. Bekanntlich war dieser bestialische Vorgang die Ursache zum Selbstmord der Besten, an welchem sich dann im Frühjahr die von uns beprochenen Studentenunruhen in Petersburg entwickeln.

Norwegen.

Die allgemeine Wehrpflicht wird nunmehr vom 1. Januar n. J. ab auch in den drei nördlichen Theilen Norwegens eingeführt, wo die Bevölkerung bisher vom Militärdienste befreit war.

Nordamerika.

Den Vorschlag betr. die Zuckereinfuhrprämie bescheidigt die republikanischen Senatoren bestimmt in der nächsten Session wieder einzubringen.

Irland.

Unter dem Bürger-Kontingent, welches im Beschneidungsland gegen die Unzufriedenen kämpft, ist, nach einer Meldung aus Kapsland, eine Unterart angebrochen. Viele Bürger sind bestritt, 23 sind verhaftet worden.

Provinzialnachrichten.

* Naumburg, 6. Juli. (Einem Verbrechen) zum Oester gefallen ist wahrscheinlich der Buchhalter August Kieber, dessen Leiche jüngst aus dem Wasser gezogen wurde. Die eingeleitete Untersuchung hat nämlich ergeben, daß Kiefer, den man zuerst bemerkt, so wie er aus dem Wasser gezogen wurde, die Leiche nicht gesehen hat, sondern erst nachdem sie an den Ufer gekommen war. Der Oester ist die Leiche nur mit den Beinen im Wasser, während der Oester unter dem tothoden Uferande sich befand. Als nun unverweilt der Oester die Leiche sah, so war er außer sich. Er ist der Schuldige an dem Verbrechen, in welchem Kieber er in der Schuld ist. Der Oester hat eine verantwortungsvolle Stellung. Sein Verbrechen hat große Verurtheilung erregt, und dieses ist auch in seiner Weise gethan worden, wie die Revision der Bürger.

* Selva, 7. Juli. (Der Luxuriger Fabrikschiff) (Ernt V.) ist in Betrieb gekommen. Die ganze Belegung der III. und IV. Triebzelle, über 2000 Mann, wird dort aus- und

Julius Löwinberg

Große Ulrichstraße 20, I. Etage. Halle a. S. Große Ulrichstraße 20, I. Etage.

Mein bekannter

Saison-Ausverkauf

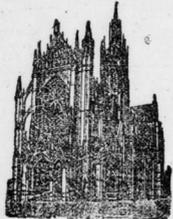
beginnt

Sonnabend den 10. bis 31. Juli cr.

Ich wohne
vom 8. Juli an
Gr. Märkerstr. 13,
Ecke der Sternstrasse.
Dr. Gutsche.

Buchführung,
dopp. u. l. 25 Bl. — einf. 15 Bl. — Einzel-
Unterricht, Revisionen, Monats- und
Jahres-Abchlüsse, Inventuren u. voll-
ständige Einrichtung der Bücher
übernimmt F. C. Meyer, Buchhalter,
Stutenbergstraße 9, I.

Weger Geld-Lotterie.



Ziehuna vom 10.-13. Juli.
Loose à Mt. 3.00 (Sorte u. Liste 20 Pf.)
erstmal emittieren und verkaufen
Schröder & Simon,
Halle (Ecke Gr. Ulrichstraße 20).
Betten kauft man billig, wollt Bett,
Ober-Unterbett u. Kissen u. 16 Pf. Mt.
Leipziger Straße 11. Balsam.

Hermann Arnhold & Co., Bank-Commandit-Gesellschaft

Alte Promenade 3. Halle a. S. Alte Promenade 3.

Wir stellen in unserer, gegen Diebes- und Feuersgefahr gesicherten
Stahlkammer

Schrank-Fächer

in verschiedenen Grössen, welche unter eigenem Verschluss der Miether stehen, behufs Auf-
bewahrung von Werthpapieren etc. zur Verfügung des Publikums. Jahresmiete je nach Grösse.
Kürzere Miethsdauer nach Vereinbarung.

Wir übernehmen Vermögensverwaltungen, Aufbewahrung und Verwaltung
von Werthpapieren und die Ausführung von Börsenordres.

Conto-Corrent-, Depositen- und Check-Verkehr.

Geschäfts-Verlegung.

Von heute ab befindet sich mein Juwelen-, Gold-, Silber- und
Alfenidwaren-Geschäft

Nr. 13 Untere Leipziger Straße Nr. 13.
Georg Dunker, Juwelier.

Für solide Verlags-Handlungen!
Meine mit neueren Schriften und
besseren Maschinen ausgestattete Buch-
druckerei übernimmt den Druck von
Büchern, Katalogen, Placaten, Ein-
lagen u. s. w. bei bester Aus-
führung zu billigen Preisen.
Carl Vögen Verlagsdruckerel,
Cnebinburg.

Alb. Wetterling

26 Schmeerstraße 26
empfehlen

**dauerhafte
Schuhwaren**

in größter Auswahl zu den denkbar
billigsten Preisen sowie

Turner-Schuhe
von Leder und Drell.

C. Hammer,
Uhrmacher, Leipz. Str. 42.
Tafeluhren (Mittel) von 5, 6,
8, 10 Mark.
Geh.-u. Remontoir (Goldrand)
von 10, 12, 14, 16 Mark.
Regulateure (14 Tage gehen)
12, 14, 16, 18 Mark.
Wieder von 20 Mark.
Welle Garantie.
Veranda gegen Raubnabe.

Carl Schröder, Mechaniker,
Rannische Str. 22, I.
empfehlen sich den geehrten Herrschaften
von Halle u. Umgeb. bei vorkommenden
Reparaturen an Nähmaschinen
sowie
Fabrikrädern aller Art.
Preise billig.
Ausführung sorgfältig und prompt.

Größte Auswahl
von neuen und gebräuchtesten Möbeln
zu billigen Preisen und nur guter
Waare, als: Stuhls, Herren- und
Damen-Schreibtische, Büchergardinen,
Panel, Sophas, Trümmen, Spiegel,
Sesseln, Stühle u. Bücherstühle,
Cassinen, Sofas und einfache Sofas,
französische Bettstellen mit und ohne
Matratzen u. s. w. nur bei

Friedrich Peleko,
Geilstraße 25.

Anzugstoffe.
Herbeiten in guter Qualität für
Herren und Knaben, Villardus und
sehr farbige Zementstoffe in eleganten
Kleiderstoffen und Regenmänteln
verleihe billigst, auch einzelne Meter.
Proben frei!

Max Niemer,
Sommerfeld, A. U.

Exkursionsbücher
mit color. Abbildungen.
In Reinenband je 1 Mark.
Die Schmetterlinge.
18. Aufl. 31 color. Abbild.
Von Dr. G. Bernhardt.

Die Käfer.
10. Aufl. 51 color. Abbild.
Von Dr. G. Bernhardt.

Der Mineralog.
5. Aufl. Mit vielen Abbild.
Von Dr. G. Reichenow.

Der Botaniker.
Mit 41 color. Abbildungen.
Von G. Schur, Gen.-Oberlehrer.
Halle S. Otto Gendel Verlag.

Die Erprobungen der Halle-Setzung
bestimmen sich
Gr. Berlin, Neue Strassen 1 und
Markt 24 (Königsplatz).
Mit 2 Weißblättern.

Räumungs-Verkauf.

Umzugs halber verkaufe ich einen großen Theil meiner Lager-
gegenstände zu bedeutend ermäßigten Preisen.

Besonders mache auf viele zurückgesetzte und mit
kleinen Fehlern behaftete Artikel aufmerksam,
welche zu jedem nur irgend annehmbaren Preise
verkauft.

Porzellan, Glas und Steingut,
Hänge- und Tischlampen, Ampeln,
Luxuswaren, Bowlen etc., Kaffeemühlen,
Plätten, Vogelbauer, Messer und Gabeln,
Löffel, Emaille-Waaren,
Holz- und Bürstenwaren u. s. w., u. s. w.

Heinrich Jacoby

Gr. Ulrichstraße 49.

Bekanntmachung.

Große Cigarren-Auction.

Vortheilhafte Kaufgelegenheit für Gastwirthe, Händler u. dergl.

Freitag den 9. Juli cr., von Vorm. 9 Uhr ab
beginnt die Auction der „zu den 3 Schwänen“ Bier, Rannische
Straße, öffentlich meistbietend gegen gleich baare Zahlung bei Joh.
Trotzsch'schen Concursmasse gebühren.

**Cigarren, Cigaretten, Tabake,
Rauchentensilien u. s. w.**

Halle a. S., den 8. Juli 1897.

Franz Krug,

Verwalter der Joh. Trotzsch'schen Concursmasse.

Für den Anzeigenteil verantwortlich: B. König in Halle.

Schmidt & Spiegel, Halle a. S.,

Fabrik und Handlung landwirthsch. Maschinen,
59 Magdeburger Straße 59,
empfehlen und liefern:

Neuesten Garbenbinder „Milwanke“, „Saxonia“, Gras- und
Getreidemähmaschinen, Lektoren mit automatischem Ablege-
Mechanismus und aufblasbarem Reife;
Getreide- u. Heu-Rechen (Zellenbarren) mit selbstthätiger Entferrnung;
Rotirende Heuende-Maschinen, doppelt wirkend;
Gabel-Heuende-Maschinen, neuesten Systems;
Hand-Heuerechen zum Sieben und Schieben;
Patent-Hand-Heuerechen mit Aushebung; Häckselmächinen,
Gepel und Dreschmaschinen;
Rud. Sack'sche Pflüge etc. etc.
Düngerstreamaschinen und Düngermühlen etc. etc.

Versuchen Sie

Kaufmann's Tinten

Allein-
Verkauf

Aug. Weddy
Leipz. Str. 22.

Echt Frankfurter Apfelwein, à Flasche 40 Pf.,

Heidelbeerwein, à Flasche 50 Pf.,

Johannisbeerwein, roth, à Flasche 90 Pf.,

Moselblümchen, à Flasche 75 Pf.,

Zeltlinger, à Flasche 100 Pf.

Als vorzügliche Bowlenweine empfehlen:

Königsmosel, à Flasche 90 Pf.,

Deutscher Sect, à Flasche 175 Pf.,

bei Entnahme von 12 Flaschen à 5 Pf. billiger.

Fernsprecher 367. **Gebr. Zorn,** Gr. Ulrich-
strasse 69.

Grossherzoglich Sächsische Hoflieferanten.

Halle. Druck und Verlag von Otto Gendel.